

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großh. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit Illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.— für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Samml.-nummer 72208. Verkaufspreis: Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig Nr. 534 77	Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telefon 72208. — Verlag in Leipzig: Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72108	Inseratenpreise: Die Wagners. Kolonellseite 35 Pfg. bei Plakatorchrift 40 Pfg. Stellenangebote 10 gels. Kolonellseite 25 Pfg. Familiennachrichten von Privatent die 10 gels. Kolonellseite mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 10 gels. Kolonellseite 40 Pfg. bei Plakatorchrift. 50 Pfg. Reklamezeile 2.25 Mk.
--	--	---

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, welche Anzeigensätze und alle Postkonten entnehmen

In Genf unterhält man sich

Die Vollversammlung

SPD Genf, 20. September.

Die Vollversammlung des Völkerbundes nahm am Donnerstag eine Reihe von Kommissionsbeschlüssen und Berichten an. So wurde die von der juristischen Kommission beantragte Nachprüfung des Statuts des Internationalen Gerichtshofes beschlossen. Eventuelle Änderungen sollen bis 1930 fertiggestellt werden, dann in diesem Jahre die Wahl der Richter erfolgt. Die Berichte über die Tätigkeit des Finanzkomitees, die bulgarische Stabilisierungsanleihe und die Anhebung der bulgarischen Zölle wurden, wie der Bericht der Abrüstungskommission über die Artikel 10, 11 und 16 des Völkerbundespatentes, ohne Aussprache verabschiedet.

Abg. Breitscheid gab den Bericht über die vier Völkerbundsinstanzen (Institut für Meeressforschung in Monaco, Institut gegen den Alkoholismus nach Afrika in Brüssel, Internationales Luftfahrt und Internationales Fürsorgeinstitut in Paris). Die Resolution über die Arbeiten der Kommission zur Kontrolle des privaten Waffenhandels wurde ebenfalls debattelos gebilligt. In ihr wird festgestellt, daß ein einheitlicher Entwurf bisher nicht zustandekommen konnte. Die Regierungen werden aufgefordert, nochmals die Möglichkeit einer Verständigung zu prüfen. Zu dem Bericht über die deutschen Kriegsverhaftungsvorschläge nahm der Schwede Unden das Wort, um noch einmal zu unterstreichen, daß eine Verpflichtung einer Mehrheit von Staaten, in Konfliktfällen sich nach diesen Kriegsverhaftungsvorschlägen zu richten, für die Beilegung von Konflikten durch den Völkerbundrat von großem Wert sei. Der deutsche Staatssekretär von Schubert bedauerte, daß in der Sicherheitskommission die ursprünglichen deutschen Vorschläge abgelehnt worden seien. Schließlich wurde noch dem Bericht der Hygienekommission über den Opiumhandel und seine Bekämpfung zugestimmt.

Die Kommissionen

SPD Genf, 20. September.

Die Abrüstungskommission nahm am Donnerstag eine Entscheidung über die Frage einer eigenen Funktion des Völkerbundes an, in der die Vollversammlung um Vertagung der Angelegenheit ersucht wurde. Bei der Beratung der Musterverträge für Nichtangriff und gegenseitige Unterstützung erneuerte die Kleine Entente ihr schon früher in der Sicherheitskommission gestelltes Verlangen, für den Fall einer flagranten Grenzverletzung die Unterstützung des Vertragspartners vor der Genehmigung des Völkerbundesrat vorzusehen. Allen, die es hören wollten, wurde dazu von offizieller Stelle versichert, daß sich diese Forderung gegen Ungarn, Italien und Rußland richtet. Der An-

trag der Kleinen Entente, von Serbien aufgestellt, von Frankreich unterstützt, und von Deutschland bei prinzipiell ablehnender Stellungnahme zugegeben, wurde in der Form angenommen, daß der geforderte Passus im Wortlaut des an die Vollversammlung weiterzugehenden Entwurfes stehen soll.

Eine Unterkommission der Juristischen Kommission übertrugte am Donnerstag damit, daß sie die drei Musterverträge des Sicherheitskomitees in einen allgemeinen Vertrag für Schlichtung, juristische Beilegung von Streitigkeiten und Schiedsgericht zusammengefaßt hat. Damit ist diese Unterkommission der juristischen Kommission eines allgemeinen Vertrages für die friedliche Beilegung von Streitigkeiten sehr nahe gekommen. Allerdings wird ausdrücklich bemerkt, daß die Staaten das Recht haben, nur den einzelnen Teilen des Generalvertrages, z. B. nur dem Schlichtungsteil, beizutreten. Außerdem ist es sehr fraglich, ob dieser für Genfer Verhältnisse läßliche allgemeine Vertrag durch das doppelte Sperrfeuer von Juristischer Kommission und Völkerbundsversammlung gelangen wird.

Die Juristische Kommission wird den neuen Vertrag am Freitag behandeln. In ihrer Donnerstagssitzung nahm sie den Schweizer Antrag, den Internationalen Gerichtshof zu fragen, ob der Völkerbundsrat von ihm Gutachten nur bei Einstimmigkeit oder auch mit bloßer Mehrheit einfordern kann, in abgeschwächter Form an. Der Rat soll „bei Gelegenheit“ den Gerichtshof danach fragen.

Briand erstattet Bericht

SPD Paris, 20. September.

Der französische Außenminister, der am Donnerstag vor dem Kabinettsrat über seine Genfer Verhandlungen Bericht erstattete, sprach sich über die Möglichkeit einer endgültigen Einigung in den Fragen der Rheinlandräumung, der Reparationen und der Schlichtungskommission für die entmilitarisierten Zonen sehr optimistisch aus. Dagegen dem entzückte er, daß er einem deutschen Blatt erklärt haben soll, die Verhandlungen könnten vielleicht schon in zwei Monaten beendet sein. Es könne sich daher nur um ein Mißverständnis handeln, zumal beim augenblicklichen Stand der Dinge weder die Zusammensetzung der Sachverständigenkommission, die die Verhandlungen weiter führen soll, noch ihr Arbeitsprogramm endgültig festgelegt sei. Es sei bisher nur der äußere Rahmen abgesteckt, und auch das sei nur in sehr loser, unverbindlicher Weise geschehen.

Sozialistische Vierländerkonferenz

SPD Der Vorstand der Sozialistischen Partei Frankreichs ist an die Vorstände der SPD, der britischen Labour Party und der belgischen Arbeiterpartei mit der Anregung herangetreten, am 3. und 4. November in Paris eine neue Vierländerkonferenz abzuhalten, um zu der neuen, durch die jüngsten Genfer Beschlüsse geschaffenen internationalen Lage Stellung zu nehmen. Alle besagten Parteien haben bereits zugestimmt.

Bereits im vergangenen Frühjahr war im Zusammenhang mit der durch die Aeußerungen Paul-Boncour über die Voraussetzungen der Rheinlandräumung entstandenen Diskussion von französischer Seite der Vorschlag gemacht worden, eine neue Vierländerkonferenz nach dem Muster der Luxemburger Konferenz vom November 1926 abzuhalten. Die Wahlen in Frankreich und Deutschland standen jedoch der Ausführung dieses Planes im Wege. Die deutsche Sozialdemokratie ist nun um so bereitwilliger auf den neuen Vorschlag der französischen Parteifreunde eingegangen, als die Genfer Vereinbarungen der „großen Sechs“ eine ganze Reihe von schwierigen Fragen aufgeworfen haben, die noch geklärt werden müssen. Ihre Lösung im Sinne der sozialistischen Außenpolitik zu beeinflussen, liegt im Interesse der europäischen Arbeiterschaft. Das gilt sowohl für die bevorstehenden Reparationsregelungen wie auch für die noch im dunkel schwebende „Feststellungs- und Vergleichskommission“. Darüber hinaus wird die zu erwartende neue Vertagung der Abrüstungskonferenz Gelegenheit bieten, sich offen über die Schwierigkeiten auszusprechen, die diesem Problem abermals entgegengestellt werden.

Zentrum und Große Koalition

SPD Der Vorstand der Reichstagsfraktion des Zentrums befaßte sich am Donnerstag mit der politischen Lage. Es wurde hauptsächlich darüber debattiert, ob sich das Zentrum im Herbst enger an das Kabinett Müller binden oder der bisherige Zustand aufrechterhalten werden soll. Die Meinungen darüber gingen hart auseinander. Man kam schließlich überein, eine endgültige Entscheidung von der politischen Entwicklung der nächsten Wochen abhängig zu machen.

Das Wohnungsbauproblem in Berlin

Kommunisten bestätigen sozialdemokratische Erfolge

SPD Berlin, 21. September (Radio).

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung beriet am Donnerstag über das sozialdemokratische Wohnungsbauprojekt, das von den Deutschnationalen und Kommunisten gemeinsam im Ausschuß abgelehnt worden war. Nach den Erklärungen der Parteien scheint die Annahme der Vorlage gesichert. Im Verlauf der Debatte hob der kommunistische Redner, Stadtratsmitglied Lehmann, hervor, daß die sozialdemokratische Fraktion den Erfolg für sich in Anspruch nehmen könne, für die Beseitigung der Wohnungsnot in Berlin gesorgt zu haben, erklärte aber unmittelbar darauf unter der Heiterkeit des ganzen Hauses, daß die Kommunisten sich bei der Abstimmung über die Vorlage der Stimme enthalten würden. Wie rückhaltlos die Baufrühen in der Aufstellung ihrer Forderungen sind, geht aus der Mitteilung des Stadtrates Czerninski hervor, nach der die Firmen für den Bau von 6000 Wohnungen nicht mehr und nicht weniger als eine Aufwendung der Stadt in Höhe von 46 bis 48 Millionen Mark verlangen. Die Fortsetzung der Verhandlungen wurde schließlich auf nächsten Donnerstag vertagt.

Vor der Haftentlassung Hugo Stinnes?

M Berlin, 20. September.

Eine Berliner Korrespondenz meldet: Die Untersuchungsbehörden haben beschlossen, am Dienstag in die Prüfung der Frage einer Haftentlassung Hugo Stinnes einzutreten, da bis zu diesem Zeitpunkt in der gesamten Kriegsantlehensfrage die Ermittlungen abgeschlossen sein werden. Nachdem bereits vor längerer Zeit das sogenannte Pariser Kriegsantlehensgeschäft in seinen Grundzügen völlig klargestellt worden war und die Rolle der daran beteiligten und verdächtigten Personen genau festgelegt ist, haben nunmehr auch die Wiener Ermittlungen zu einer völligen Klärung der sogenannten rumänischen Geschäfte geführt. Dadurch ist die Rolle von Hugo Stinnes in der gesamten Kriegsantlehensfrage genau festgelegt, und es werden am Dienstag bei dem Hauptprüfungstermin die Endergebnisse der Ermittlungen bereits vorliegen. Infolgedessen wird zu diesem Zeitpunkt bei Hugo Stinnes eine Verdunkelungsgefahr nicht mehr vorliegen, so daß die zuständigen Stellen kein Bedenken haben dürften, der Haftentlassung von Hugo Stinnes gegen eine beträchtliche Sicherheitsleistung zur Abfindung einer Fugitive zuzustimmen.

Oesterreichs Sozialdemokratie im Kampf

Ein Nachwort zum Parteitag

Es ist ein mächtiger Einfluß, den die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutsch-Oesterreichs auf die schaffende Bevölkerung ihres Landes ausübt. Noch im ersten halben Jahre 1928 wurden rund 40 000 neue Parteimitglieder gewonnen. Und mit einer berechtigten Genugtuung über den Erfolg ihrer Arbeit konnte auf dem Parteitag berichtet werden, daß jeder vierte erwachsene Einwohner des Landes und jede zehnte erwachsene Frau organisierter Sozialdemokrat ist. Wie weit ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands noch von diesen gewaltigen Erfolgen entfernt! Dennoch sehen die österreichischen Sozialdemokraten noch immer ihre Hauptaufgabe darin, den Einfluß ihrer Partei immer weiter vorzuschieben. Ihre Mehrheit weist jene Ideologie weit von sich, die das Begehren von Regierungsämtern für eine wichtigere Machtposition hält, als das Vertrauen der Arbeitermassen. Seit sechs Jahren befindet sich die österreichische Sozialdemokratie nicht nur im Parlament in entschlossener Opposition gegen die Regierung, sondern sie ist auch die entschlossene Führerin der ganzen Arbeiterschaft im Kampfe gegen die Vorstöße der Reaktion. Ihre Taktik und ihre politischen Handlungen haben ihr ununterbrochen neues Vertrauen aller Arbeitenden gewinnen lassen.

Diese Festigung und dieses Vorwärtstreiben der sozialistischen Bewegung in Deutsch-Oesterreich bereitet der Bourgeoisie bange Augenblicke. Ihre politischen Preisrichter mischen sich ab, um dem Anschwellen der roten Flut Dämme entgegenzubauen. Da die politische Demokratie ihnen dazu nicht mehr ausreicht, hat sich ein Teil dem Faschismus verschrieben, der in Deutsch-Oesterreich als Heimwehrbewegung im letzten Jahre starke Fortschritte gemacht hat. Die Führer der österreichischen Faschisten glauben ihre Bewegung schon so stark, um offen ihr Eingreifen für den Fall ankündigen zu können, daß die „berechtigten Interessen“ der Hausbesitzer vom Parlament nicht wahrgenommen werden. In Wirklichkeit trumpleten sie mit der nackten Gewalt auf, um die Sozialdemokratische Partei von einem entschlossenen Kampfe gegen die Beseitigung des Mieterschutzes abzuhalten. Von den bürgerlichen Parteien sind wiederholt Vorstöße gegen den Mieterschutz unternommen worden. Aber jedesmal hat die Sozialdemokratie die Anschläge abgewehrt. Der Abbau des Mieterschutzes ist im ganzen Lande — ausgenommen die Schicht der Hausbesitzer — so unpopulär, daß selbst die bürgerlichen Parteien im letzten Wahlkampf keine bessere Parole zur Rettung ihrer Herrschaft wußten, als die: „Der Mieterschutz ist gesichert“.

Aber ein reichliches Jahr nach dem knappen Wahlsieg mußte die Regierung dem Drängen der Hausbesitzer nachgeben. Die Vorlage, die zuerst den langsamen Abbau und schließlich die endgültige Beseitigung des Mieterschutzes bringen soll, kam. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei tat etwas, wozu sich die Sozialdemokratie in anderen Ländern nicht mit der gleichen Energie entschloß: sie machte die Verteidigung der Mieterinteressen gegen den Anschlag der Hausbesitzerkapitalisten zur Hauptaufgabe ihres politischen Tageskampfes. Der erbitterteste Widerstand wurde nicht nur angekündigt, sondern auf breiter Grundlage sofort organisiert. Zum Beweise, daß die Partei sich nicht mit den Auseinandersetzungen im Parlament begnügen wird, wurde der Parteitag vorzeitig einberufen, um Taktik und Ziel des Kampfes gegen den reaktionären Vorstoß zu besprechen und festzulegen. Kein geringerer als Otto Bauer hielt das Referat über den Mieterschutz. Und die Art, wie er und der gesamte Parteitag das Problem behandelten, ist ein Musterbeispiel auch für die sozialdemokratischen Parteien anderer Länder dafür, wie sie die bedrohten Interessen der Arbeiterschaft zum Ausgangspunkt eines Kampfes nehmen müssen, der ihnen das Vertrauen von Hunderttausenden einbringt, die vorher der Sozialdemokratie entweder gleichgültig oder ablehnend gegenüber gestanden haben. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Oesterreichs ist in dem Stadium, in dem sie sich mit verstärkten Kräften auch um die Gewinnung der halbproletarischen Schichten bemühen muß. Verlauf und Ergebnis des Parteitages haben den Beweis erbracht, daß sie es in sehr geschickter, und wir hoffen auch erfolgreicher Weise, tut. Es sprachen Parteitag delegierte, die nicht nur die großstädtische Industriearbeiterschaft vertraten, sondern es sprachen auch Delegierte, die von den ländlichen Arbeitern, den Kleinbauern, den Angestellten, den Händlern und den Kleingewerbetreibenden entsandt worden waren. Sie alle unterstützten den Kampf der Partei und erklärten ihr Einverständnis mit der Parole: Aufrechterhaltung des Mieterschutzes, baut neue Wohnungen!

Der Absicht der bürgerlichen Regierung, durch eine Steigerung der Mieten die Rente der Hausbesitzer zu erhöhen, stellte der Parteitag die positive Forderung gegenüber: Bauen neue Wohnungen! Die Entschließung des Parteitages lehnt nicht rundweg jede Mietjensehörung ab, aber, wenn diejenigen, die eine ungehörig ausreichende Wohnung innehaben, eine etwas höhere Miete zahlen sollen, dann nur, um mit den dadurch einkommenden Beträgen neue Wohnungen bauen zu können. Auf keinen Fall etwa, um das arbeitslose Einkommen der Hausbesitzer zu steigern. Die Partei wendet sich mit dieser Forderung an die Nachkriegsgeneration, die unter der